

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 848 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Dr. Andreas von Bülow
MdB zu Berichten und
Spekulationen über die
Tätigkeit von Alexander
Schalck-Golodkowski:
CSU in arger Bedrängnis.

Seite 1

Freimut Duva MdB zur
Entwicklung in Jugoslawien: Eine Bedrohung für ganz Europa.

Seite 3

46. Jahrgang / 155

15. August 1991

CSU in arger Bedrängnis

Zu Berichten und Spekulationen über die Tätigkeit von Alexander Schalck-Golodkowski

Von Dr. Andreas von Bülow MdB

**Obmann der SPD-Fraktion im Bundestags-Untersuchungsausschuß
"Kommerzielle Koordinierung"**

Nach der ZDF-Sendung "Die Schalck-Connection" vom 25. Juli häuften sich die Enthüllungen um den verstorbenen Ministerpräsidenten von Bayern, Franz Josef Strauß, die CSU, ihre industriellen Gönner und die Aktivitäten des Koko-Managers Alexander Schalck-Golodkowski in einem Ausmaß, das nur noch mit der Kettenreaktion umfallender Domino-Steine zu vergleichen ist. Täglich treten immer neue Facetten und Teilspekte hinzu; immer schillernder wird die Rolle von Schalck-Golodkowski als Vermittler, Kontakt- und Vertrauensperson zwischen Ost- und Westdeutschland, Strauß und Honecker.

Auf jede neue Enthüllung reagiert die CSU-Führung immer schriller, hysterischer und hilfloser. Der BAYERNKURIER steigerte sich in seinen letzten Ausgaben in immer größere Empörung- und Haßtiraden über den Enthüllungsjournalismus der Medien hinein; sogar die Gerichte sollen bereits bemüht worden sein, um Nachrichten zu unterbinden. Das Image des früheren CSU-Vorsitzenden F. J. Strauß als selbstlosem Kämpfer um die deutsche Einheit und humanitären Fortschritt im geteilten Deutschland ist schwer angeschlagen; selbst die treuesten CSU-Anhänger, insbesondere Bayerns mittelständische Landwirte, beginnen am Bild des selbstlosen, nur auf das Wohl Bayerns bedachten Strauß zu zweifeln. Die mit "Spezi-Wirtschaft" bezeichnete bayerische Variante der Vorteilsgewährung und -annahme wird vor dem Hintergrund der besonderen "Schnäppchen", die die Fleischkonzerne März und Mocksel vor und bei der deutschen Einheit mit Fleisch aus der früheren DDR machten, wesentlich anrühiger, als die Affäre, die im Nachbarland Baden-Württemberg Ministerpräsident Späth zum Rücktritt zwang.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichtete Zeitung
mit erhöhtem Rabatt
Regulär-Preise



Über Verstorbene sollte nur Gutes geradet werden. Dieser Grundsatz muß allerdings dann durchbrochen werden, wenn es um die Aufarbeitung von Skandalen oder Affären geht, die im heutigen politischen Leben eine ausschlaggebende Rolle spielen. Wenn, wie der Deutsche Bundestag einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß den Auftrag erteilt hat, aufgeklärt werden soll, "welche Rolle der Arbeitsbereich "Kommerzielle Koordinierung" und sein Leiter Alexander Schalck-Golodkowski im System der SED-Führung, Staatsleitung und Volkswirtschaft der früheren DDR spielte und wem die wirtschaftlichen Ergebnisse der Tätigkeit dieses Arbeitsbereichs zugute kamen und gegebenenfalls heute noch zukommen"(so wörtlich der Untersuchungsauftrag), dann ist die Frage nach den Geschäfts- und Verhandlungspartnern dieses Bereichs nicht nur konsequent, sondern auch legitim. Zu Beginn der Arbeit des Untersuchungsausschusses "Kommerzielle Koordinierung" kann nur darüber spekuliert werden, ob und wem in der alten Bundesrepublik oder gar in Bayern "die wirtschaftlichen Ergebnisse der Tätigkeit dieses Arbeitsbereichs zugute kamen und gegebenenfalls noch heute zugute kommen". Hierzu jagt ein Gerücht das andere, die Spekulation hat Hochkonjunktur, nichts scheint mehr unmöglich zu sein. Bayerns CSU wäre gerade deshalb besser beraten, tatkräftig bei dieser Aufklärungsarbeit mitzuhelfen und durch Fakten den Spekulationen den Boden zu entziehen, statt sich darauf zu beschränken, lebende und verstorbene Spitzenpolitiker der CSU als Opfer bössartiger Verleumdungen und einer ehrabschneiderischen Medienhetz darzustellen.

Die Flut der Spekulationen der jüngsten Zeit können stichwortartig wie folgt zusammengefaßt werden:

- Der von Strauß eingefädelt Millionenkredit des Jahres 1983 habe der DDR das wirtschaftliche Überleben ermöglicht und mehr der bayerischen Fleischindustrie geholfen, als den Menschen in der früheren DDR.
- Strauß habe sich der Mittel bayerischer Konzerne(Flugzeuge, Gasthäuser der März AG, Logen für den Wiener Opernbau, Geländewagen der Sonderklasse für die Jagd) unterschiedslos für politische, parteipolitische und private Zwecke bedient.
- Strauß sei der Promoter des U-Boot-Exports nach Südafrika ab 1983 gewesen; Schalck-Golodkowski sei mit seinen KoKo-Firmen maßgeblich an der Abwicklung dieses Geschäfts beteiligt gewesen.
- Strauß habe mit ihm befreundete bayerische Unternehmer als Boten und Nachrichtenüberbringer zur damaligen DDR- und SED-Führung benutzt und so an der Bundesregierung vorbei seine eigene "Nebenaußenpolitik" betrieben.
- Spitzenpolitiker aus der heutigen CSU-Führung hätten auch nach dem Tod von Strauß engen Kontakt zu Schalck-Golodkowski gehalten und sich mit ihm bis ins Jahr 1989 getroffen.

Der Untersuchungsausschuß "Kommerzielle Koordinierung" wird jedem Einzelpunkt dieser Spekulationen, der zugleich einen schwerwiegenden Vorwurf enthält, nicht nachgehen können, weil hier alsbald die Grenzen bundesstaatlicher Kompetenzen sichtbar werden. Nur die Vorwürfe können untersucht werden, die vom Verfassungsauftrag des Untersuchungsausschusses gedeckt sind. Gerade deshalb ist es auch für die Arbeit dieses Untersuchungsausschusses sehr sinnvoll, wenn die bayerische SPD, wie sie bereits angekündigt hat, im Landtag des Freistaates Bayern einen eigenen Untersuchungsausschuß durchsetzt.

Allerdings hat der Untersuchungsausschuß nicht nur den Auftrag, diesen medienträchtigen Teilaspekten nachzugehen; er muß sich vor allen Dingen beschleunigt um die Bilanzierung und Vereinnahmung des KoKo-Vermögens in den Bundeshaushalt kümmern und auch sicher-

stellen, daß alle Auslandskonten der KoKo zugunsten der Bundeskasse eingezogen werden. Dies ist die vordringlichere Aufgabe des Untersuchungsausschusses, die es auch erforderlich macht, durch den Bundesminister der Finanzen die notwendigen Klarstellungen zu bekommen. Bistlang liegt dem Ausschuß kein einziges Papier vor, das hierüber Klarheit verschafft; es gab lediglich eine Antwort des Bundesministers der Finanzen vom 26. Juli 1991 auf eine schriftliche Frage des Kollegen Norbert Wleczorek, die hierzu Stellung bezieht. Diese Antwort erhielt ich rein zufällig zur Kenntnis; der Kollege Wleczorek ist kein Mitglied im KoKo-Untersuchungsausschuß. Die sich hierum rankende Legendenbildung der CDU/CSU, der Bundesfinanzminister habe dem Untersuchungsausschuß seine Einnahmen aus dem KoKo-Vermögen offengelegt, ist irreführend und schlichtweg falsch.

Wir sind es vor allem vor dem Hintergrund der Steuermehrbelastungen für die deutsche Einheit unseren Bürgern schuldig, mit allem Nachdruck dafür zu sorgen, daß alles KoKo-Vermögen erfaßt und vereinnahmt wird. Staatseinnahmen aus realisierten Vermögenswerten sind allemal besser, als Steuermehrbelastungen der Bürger. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß die Gerüchte um die Schalck-CSU-Connection nur ein Teilaspekt der enormen Aufklärungsarbeit ist, die der Untersuchungsausschuß "Kommerzielle Koordinierung" noch zu bewältigen hat.

(-/15. August 1991/rs/ks)

Eine Bedrohung für ganz Europa Zur Entwicklung in Jugoslawien

Von **Freimut Duve** MdB

Das Gefährlichste ist passiert: Eine hochgerüstete Militärapparatur ist der politischen Kontrolle entglitten. Es gab Stunden und Tage, wo kein Politiker in Jugoslawien verbindlich für seinen Staat sprechen konnte. Ein solcher Vorgang ist eine Bedrohung für ganz Europa.

Menschen wurden umgebracht, weil die Politik versagt hat.

Der jugoslawische Staat, wie wir ihn kannten, hat aufgehört zu existieren.

Was aus den Völkern dieses Staates wird, ist ihre eigene Sache. Nicht die Angelegenheit der anderen europäischen Völker. Wie die Völker, die zwischen Österreich und Albanien, zwischen Italien und Ungarn leben, ihre Angelegenheiten regeln, ist allerdings Sache aller Europäer: Es geht um drei Dinge:

1. Die neue Ordnung muß ohne Sterben, ohne Mord und Totschlag entstehen, sie muß ohne Gewalt organisiert werden. Wir haben in Europa genug Gewalt erlebt, und der Balkan hat in diesem Jahrhundert genug Gewalt erlebt.

Bei der Forderung nach Lösungen ohne Gewalt geht es nicht um nord- oder westeuropäische Hochnäsigkeit. Der nordirische Konflikt, die Krise im Baskenland, die Anschläge auf Korsika zeigen: Niemand ist gefeit vor dem Ausbruch von Gewalt.

2. Es geht um europäische Prinzipien des Minderheitenschutzes: in Kroatien leben eine halbe Million Serben, innerhalb der serbischen Gebiete leben wiederum Kroaten; außer in Slowenien, leben überall die Völker durcheinandergemischt. Das ist inzwischen eine europäische Angelegenheit. Wir haben mit der KSZE Prinzipien zum Schutze der Minderheiten entwickelt, die auch die Völker des Balkan anerkennen müssen.

Der innere Frieden der Menschen unterschiedlicher Religion, Sprache und Kultur, ist keine innere Angelegenheit mehr. Die künftige Ordnung der Völker des bisherigen Jugoslawien muß den Schutz der Minderheiten an die oberste Stelle setzen: Jeder Serbe, der aus Volkshaß einen Kosovo-Albaner angreift, greift den Frieden aller Europäer an. Jeder Kroat, der aus Volkshaß einen in seiner Nachbarschaft lebenden Serben angreift, greift den Frieden Europas an.

Dabei ist die Geschichte der denkbar schlechteste Ratgeber: Auch unter Völkern muß die Blutrache abgeschafft werden.

Bei allem Verständnis für die persönliche Tragödie, eines serbischen Offiziers, dessen ganze Verwandtschaft vor 45 Jahren von den kroatischen Ustaschas ermordet worden ist: Wenn dieser General sein militärisches und politisches Handeln heute mit diesen persönlichen Erinnerungen begründet, dann kann es keine Versöhnung und keinen Frieden geben.

Es gibt keine "bösen" und keine "guten" Völker. Es gibt historische Bedingungen und es gibt immer wieder Menschen, die das jeweils andere Volk zum "bösen" erklären, nur um das eigene zum "guten" erklären zu können. Aus solchem Mißbrauch der Geschichte sind immer wieder blutige Kriege entstanden. Insofern ist die Kenntnis der Geschichte nicht immer eine gute Medizin. Geschichte muß als Warnung und Mahnung genutzt werden.

Die Völker des Balkan haben auch immer wieder gezeigt, wie friedlich das Zusammenleben verschiedener Gruppen sein kann. In hunderten von Städten in Kroatien und Ungarn, in Serbien und in Rumänien, hat es Zeiten gegeben, wo die verschiedenen Kulturen friedlich miteinander lebten. Wo alle nicht nur eine, sondern viele Sprachen kannten, wo viele Menschen untereinander heirateten. Da können wir von Süd-Osteuropa lernen.

3. Europa wächst zusammen. Handel und Tourismus. Arbeiter, die in ganz Europa ihr Geld verdienen, Touristen die ganz Europa in ihrer Freizeit besuchen. Es geht nicht mehr um die Nationalstaaten. Es geht um Europa.

Das Recht der Völker, selbst über ihr Schicksal zu bestimmen, haben wir Deutschen immer wieder angemahnt: Immer aber im Rahmen der größeren europäischen friedlichen Ordnung. Wir wollen den Slowenen, den Kroaten, den Albanern in Kosovo, den Serben, den Montenegrinern den Herzogewinern helfen, eine neue Ordnung im Rahmen des zusammenwachsenden Europas zu schaffen.

Wir erkennen das Recht auf Selbstbestimmung an. Voraussetzung für uns ist aber: die Gewaltfreiheit und die Anerkennung des Minderheitenschutzes.

(-/15. August 1991/rs/ks)
